

## Nur wer keine Argumente hat, fürchtet das Gespräch

(Fortsetzung von Seite 1)

gekomen bin, als ich eingeladen wurde, und diese tobende Versammlung durchgehalten habe, dreieinhalb Stunden lang, daß aber zum Beispiel Herr Strauß in den letzten Wochen und Monaten dreimal gekniffen hat, als er in Versammlungen auf Protest und Widerstand stieß, und daß er nicht der einzige ist, der das getan hat. Herr von Brentano, auch das habe ich in Marburg in meiner Rede gesagt, hatte ja vor einiger Zeit einmal den Wunsch geäußert, er wolle in Dresden zu der Dresdener Bevölkerung sprechen. Man hatte ihn sofort eingeladen zu kommen. Selbstverständlich ist er nicht gekommen. Wir fahren, und wir können das tun, weil wir eine gute und gerechte Sache vertreten und weil die Gegenseite einfach keine Argumente hat. In der ganzen langen Diskussion in Marburg, es waren 23 Diskussionsredner, war nicht ein einziger imstande, meine Argumente zu entkräften und zu widerlegen. Sie haben keine Argumente. Ich habe in der Versammlung gesagt, der Tiefstand Ihrer politischen Bildung, meine Herren Diskussionsredner, ist nicht verwunderlich, denn Sie bezeichnen ja Ihre politische Bildung aus der „Bild-Zeitung“, diesem Skandalblatt, und dem bildungsunfähigsten Organ, der „Welt“.

### Wir haben das Tor weit aufgemacht

„Universitätszeitung“: Herr Präsident, wie muß im Lichte der Marburger Erfahrungen das Heiserperrgesetz eingeschätzt werden?

Dr. Dieckmann: Ja, einer von den Diskussionsrednern Marbachs im sogenannten „Korhaus“ — bezeichnete dieses Versammlungslokal der Paukboten der mensuren-schlagenden Studenten in Marburg —, einer dieser Leute fragte, warum wir eigentlich Menschen, die von uns nach Westdeutschland reisten, mit Strafen belegten, ins Gefängnis sperrten usw. Ich habe ihm gesagt, was Sie erzählen, ist ja vollkommen idiotisch. Wir bestrafen nicht Menschen, die nach Westdeutschland fahren, sondern wir haben im letzten Jahre mehr Menschen aus unserer Republik in die Bundesrepublik fahren lassen, als umgekehrt Menschen aus der Bundesrepublik zu uns gekommen sind. Wir haben das Tor weit aufgemacht. Und diejenigen, die schreien „Macht das Tor auf!“, die haben es zugemacht. Und sie wollen es jetzt noch fester zumachen durch das Heiserperrgesetz nach dem Entwurf des Innenministers Schröder. Der hat ja davon schon einiges abstreichen müssen. Und die Debatte im Bundestag ist jetzt im Gang. Ich zweifle aber gar nicht daran, daß das Gesetz, wenn auch mit einigen Änderungen, durchgehen wird, und daß es ein weiterer Schritt zur endgültigen Verhinderung gesamtdeutscher Gespräche ist.

Sie sehen, die Angst vor der Auseinandersetzung mit uns zeigte sich in Marbach selber. Ich stand als einzelner Mensch diesen ganzen Diskuranten und dann der tobenden Menge gegenüber. Soweit diskutiert wurde, hatten sie überhaupt keine Argumente, sie hatten keine Ahnung von dem politischen Geschehen und hatten irgend etwas gelesen, wahrscheinlich in der „Bild-Zeitung“ oder in der „Welt“; sie hatten keine Ahnung davon, und als ihnen die Argumente ausgingen, fingen sie an zu toben, zu brüllen, zu schreien, die Fenster einzuwerfen, da waren ihre Argumente Bierflaschen und Steine.

### Die Bevölkerung wollte demokratische Diskussionen

„Universitätszeitung“: Hatten Sie die Gelegenheit, in Marburg außerhalb der offiziellen Diskussion Gespräche zu führen oder Kontakte mit der Bevölkerung der Stadt Marburg zu finden?

Dr. Dieckmann: Die tobende Meute von Rowdys und Verbrechern war ja nicht die Bevölkerung. Hinterher im Hotel sind Männer und Frauen aus Marburg zu uns gekommen bzw. haben uns angerufen, haben ihrer Empörung Ausdruck gegeben, wollten um zwei Uhr nachts noch ins Hotel kommen und mit uns Gespräche führen.

Wir haben mit einer Reihe von Politisten gesprochen, die empört darüber waren, daß sie keinen Ein-

satzbefehl hatten und untätig zusehen mußten, wie diese tobende Meute da draußen die Fenster einwarf mit Steinen, Bierflaschen, und was weiß ich sonst noch. Sie waren einfach außer sich darüber und haben das mir und meinen Begleitern gegenüber ganz deutlich zum Ausdruck gebracht. Also die Bevölkerung stand nicht auf der Seite dieser sogenannten Demonstranten, sondern stand auf meiner Seite, auf unserer Seite, daran ist gar kein Zweifel. In dem Sinne, daß sie eine gute, echte, demokratische Diskussion wollte und daß sie in ihrer ganz großen Mehrheit letzten Endes mit uns einig sind in dem Wunsch und Willen nach Frieden und nach friedlicher Verständigung.

„Universitätszeitung“: Uns interessiert, welche Tendenzen in den an Sie gerichteten Briefen zum Ausdruck kommen.

Dr. Dieckmann: Gerade vorhin habe ich einen Brief bekommen von einem Herrn, ich will ihn hier nicht nennen. Er schreibt zum Schluß seines Briefes: „Ich mache Ihnen diese Mitteilung frei und ohne Furcht auch auf die Gefahr hin, daß man diesen Brief abfangen und öffnen sollte.“ Sie sehen, schon aus dieser Bemerkung, unter welchem Druck die Menschen drüben in der Bundesrepublik gesetzt werden, die große friedliebende Mehrheit, und daran ist kein Zweifel, daß die große Mehrheit den Frieden will, nicht den Straußschen Krieg, den Atomkrieg. Dieser Mann schreibt mir in diesem Briefe unter anderem: „Man hat allen Grund, sich bei Ihnen zu entschuldigen. Und bitte nehmen Sie wenigstens von den Befragten diese Entschuldigung an. Es sind deren sehr viele.“ Und so geht das also durch den ganzen Wortlaut dieses Briefes. Ich will das im einzelnen hier nicht vorlesen. Es ist ein tiefes Bedauern, wie er hier schreibt, über das rüpelhafte Gebaren dieser Terroristen und Süßenfriede, das in allen diesen Briefen und Zuschriften zum Ausdruck kommt. Das erhärtet die Tatsache, daß an den Marburger Exzessen nur eine Minderheit von Studenten beteiligt war und daß die Marburger Einwohnererschaft sich daran überhaupt nicht beteiligt hat, das bedeutet, daß die Marburger Vorgänge ohne Zweifel einen großen Teil der Menschen in der Bundesrepublik wachgerüttelt haben und sie jetzt beginnen, es sind die ersten Anfänge deutlich zu spüren, sich in der Abwehr gegen die Kriegstreiberpolitik von Bonn zusammenzuschließen und sich dagegen zur Wehr zu setzen. Und weil das der Fall ist, deswegen möchte ich sagen, hat sich auch nachträglich mein Auftreten in Marburg durchaus gerechtfertigt, es hat die Menschen wach gemacht und sie auf die Gefahren hingewiesen, die sich in dieser Weise bei den Marburger Exzessen gezeigt haben.

### Briefe voller Bedauern

Mir scheinen das wichtigste nicht die Sympathieerklärungen zu sein. Das wichtigste scheint mir zu sein: erstens, daß in all diesen Briefen zum Ausdruck kommt, bitte identifizieren Sie diese tobende, brüllende, gröhlende Menge da in Marbach nicht mit uns, mit den friedliebenden Bürgern der Bundesrepublik. Das ist nicht unser Wille, im Gegenteil, wir sind absolut dagegen. Zweitens: Bitte setzt das gesamtdeutsche Gespräch fort, wir brauchen die freie Diskussion über die heute uns alle bewegenden Fragen, wir sind dankbar dafür, daß ihr damit begonnen habt, hört nicht auf! Nach diesen Exzessen von Marburg laßt euch nicht abschrecken! Fahrt fort auf diesem Weg! Das scheint mir wichtig und wesentlich zu sein. Natürlich werden wir das tun.

Ich habe jetzt in Marburg prominente westdeutsche Politiker eingeladen zu uns zu kommen, und habe gesagt, bei uns sind sie vor solchen Exzessen sicher, so etwas gibt es bei uns nicht, das ist vollkommen unvorstellbar. Ich hoffe, daß sie kommen oder wenigstens einer mal kommt, und wenn das der Fall ist, fahre ich sofort wieder rüber, sofort wieder.

### Schon vor 30 Jahren mit Gummiknüppeln vom Rednerpult heruntergeschlagen

Ich habe mich auch durch die Morddrohungen vor meiner Reise in keiner Weise davon abhalten lassen, ich wußte, was los war. Ich war das schon gewohnt vor genau 30 Jahren. Da haben mich die Nazis und SA-Banden wiederholt mit den Gummiknüppeln vom Rednerpult heruntergeschlagen. Alles wie gehabt. Das war eine Wiederauflage dessen, was



wir vor 30 Jahren in Deutschland erlebten. Und ich habe einem jungen Mann, mit dem ich nachher sprechen konnte, gesagt: Vielleicht ist Ihr Vater ein Opfer des Hitlerkrieges geworden. Und Sie machen jetzt genau dieselben Dinge wie die jungen Leute, die selberzeit den Boden vorbereitet haben für diese Hitlersche Barbarei, die den deutschen Namen in der ganzen Welt mit Schande bedeckt haben. Nun, er zog dann seine Straße, er hat nichts mehr dagegen gesagt.

### Die Rowdys handelten im Sinne von Gerstenmaier

„Universitätszeitung“: Herr Präsident, wo sind die intellektuellen Urheber der Marburger Ausschreitungen zu suchen?

Dr. Dieckmann: Ich habe bereits in unserer Presse und im Rundfunk die Frage nach den intellektuellen Urhebern dieser terroristischen Handlungen in Marburg aufgeworfen. Dabei muß man besonders folgendes hervorheben — ich behalte mir noch die entsprechenden Schritte vor —, daß der Bundestagspräsident Gerstenmaier am Vormittag des 13. Januar in seiner öffentlichen Rede die Einwohner und Studenten von Marburg aufgerufen hat, mit allen Mitteln mein Auftreten zu verhindern. Das sind die Leute, die die Hauptschuldigen sind an den Ausschreitungen. Wenn man das also den jungen Menschen sagt, und dazu kam es ja noch eine ganze Reihe von Republikflüchtigen aus sämtlichen Auffanglagern, die man nach Marburg geschleust hatte, wenn man das sagt und wenn die Leute dreieinhalb Stunden schreien: „Schlagt ihn tot“, „Hängt ihn auf!“ usw., dann kommt es eben zu solchen Dingen. Alle diese Rowdys, die den Terror verübt haben, können sich darauf berufen, daß sie doch durchaus im Sinne des Herrn Bundestagspräsidenten und des Herrn Lemmer, der genau in das gleiche Horn gestochen hat, gehandelt haben.

### Zur menschlichen Bildung auf Wegen, wie wir sie beschritten

„Universitätszeitung“: Vor wenigen Wochen, Herr Präsident, hat der westdeutsche Wissenschaftsrat dem Präsidenten der Bundesrepublik eine Erklärung übergeben, in der unter anderem auch die Forderung nach der Verbindung der fachlichen Ausbildung der Studenten in Westdeutschland mit einer allgemein menschlichen Bildung erhoben wird. Welche Rückschlüsse lassen in diesem Zusammenhang die fauchistischen Kräfte zu?

Dr. Dieckmann: Ich will wirklich nicht die ganze Studentenschaft in Westdeutschland und auch nicht die Studenten in Marburg identifizieren mit dem, was in Marbach vor sich ging. Man sieht aber folgendes: Es sind Wunschträume, menschliche Bildung und fachliches Wissen in Westdeutschland zu vereinen. Wir sehen, daß in Westdeutschland die gleiche Situation entstanden ist, wie wir sie zu Beginn der Hitlerzeit hatten, sagen wir von 1930/31 ab. Das heißt, eine kleine, zu allem entschlossene und

fähige Gesellschaft von verbrecherischen Rowdys terrorisiert die große Mehrheit der Bevölkerung, die damals in die Knie ging.

Mit solchen Resolutionen und Wunschträumen kommt man nicht weiter. Wenn die Leute, denen es wirklich ernst um eine humanistische Bildung ist, wenn die Leute diese Terroristen nicht bändigen können, dann nützen ihnen solche Resolutionen und Träume gar nichts. Man wird also auch in Westdeutschland auf die Dauer gar nichts anderes tun können, wenn es diesen Leuten wirklich um Frieden und Humanismus geht, als Wege zu beschreiten, wie wir sie bei uns gegangen sind, in unserem Friedensstaat, in dem alle solche Dinge vollständig unmöglich sind.

Ich habe übrigens, als man mich in der Marbacher Versammlung fragte, wie ich selbst als liberaler und christlicher Mensch überhaupt mitmachen könne beim Aufbau des Sozialismus usw., gesagt, daß das gar kein Widerspruch ist. Große Teile unserer Bevölkerung sind Menschen, die irgendwelche Bindungen zu irgendeiner Konfession haben, und viele Menschen sind aus den mittelständischen Kreisen und aus der Intelligenz, sie sind in ihrer Grundhaltung liberale Demokraten und setzen die guten Traditionen des fortschrittlichen deutschen Bürgertums bei uns fort. Warum soll ich denn nicht am Aufbau des Sozialismus mitarbeiten? Ich tue das mit ganzer Hingabe und mit Kraft, weil das die einzige Möglichkeit ist, in Deutschland und in der Welt den Frieden auf die Dauer zu erhalten und Verhältnisse zu schaffen, die für alle Menschen gute Perspektiven ihres Lebens darstellen. Ich habe ihnen gesagt — und da lobten sie wie die Wilden —, es wäre vielleicht ganz gut, meine Herren, wenn Sie sich wenigstens mit den Grundbegriffen des dialektischen und historischen Materialismus befassen würden. Denn eines Tages müssen Sie es doch!

### Peinliche Resonanz im Ausland

„Universitätszeitung“: Wie beurteilen Sie die Kräfte in Ihren Auswärtigen auf das Ausland?

Dr. Dieckmann: Nachdem ich dem Lynch in Marburg entronnen war — ich kann das nur so sagen — habe ich einer britischen Rundfunkgesellschaft im Hotel ein Interview gegeben. Es waren angeschlossen — wie bei der Wiedergabe der ganzen Versammlung — der kanadische Rundfunk, eine britische Rundfunkgesellschaft usw. Das Ausland war vertreten durch Korrespondenten mehrerer führender Zeitungen in allen europäischen Staaten, im Westen und im Osten, französischer Zeitungen, britischer Zeitungen, Zeitungen der Sowjetunion, der Tschechoslowakei. Es war eine große, breite internationale Pressefront, die sich dort eingefunden hatte. Sie sind nun alle Zeugen dieser Vorgänge geworden. Und nichts ist den Leuten in Westdeutschland und in Bonn peinlicher als diese Tatsache. Denn nunmehr beschäftigt sich das Ausland mit diesen Vorgängen. Auch das westliche Ausland stellt mit Erschrecken fest, in welchem Maße

die Saat, die sie ja selber mit gesät haben, in Westdeutschland aufgegangen ist. Auch in dieser Hinsicht, glaube ich, werden die Vorgänge von Marburg-Marbach Wirkungen zeigen, die wir, im ganzen gesehen, im Sinne der Sicherung und Erhaltung des Friedens nur begrüßen können.

Ich habe übrigens gestern mit einer ganzen Anzahl von französischen Parlamentariern und Abgeordneten der französischen Nationalversammlung, Vertretern von vier Parteien, gesprochen und hinterher ein sehr langes Gespräch mit südamerikanischen Wirtschaftlern geführt. In diesen Gesprächen habe ich feststellen können, welche einen Eindruck diese Marburger und Marbacher Vorgänge im Ausland gemacht haben. Meine Gesprächspartner kannten — und das war sehr interessant — den Moskauer Friedensappell und die Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien sehr genau. Diese Erklärung hat einen großen Eindruck in der ganzen Welt gemacht. Und die Kennzeichnung dieser Erklärung als das neue kommunistische Manifest des 20. Jahrhunderts ist vollkommen richtig. Man hat das alles sehr genau studiert und sieht deshalb im westlichen Ausland jetzt mit solchem Erschrecken, wie richtig die Einschätzung der restaurativen und revanchepöhlernen Kräfte in Westdeutschland durch dieses Manifest ist. Es ist vollkommen bestätigt worden, was in diesem Manifest festgestellt worden ist, und man kann nur hoffen, daß daraus auch im westlichen Ausland die Konsequenzen gezogen werden.

„Universitätszeitung“: Wir haben das Bedürfnis, Herr Präsident, Ihnen zu sagen, daß die Angehörigen unserer Universität mit Abscheu alle diese Marburger Ausschreitungen aufgenommen haben und daß die wenigen, die vielleicht bisher noch den Ereignissen in Westdeutschland mit Gleichgültigkeit gegenüberstanden, dadurch ebenfalls wachgerüttelt worden sind. In diesem Zusammenhang kann man also Ihr Auftreten in Westdeutschland gar nicht hoch genug einschätzen.

Dr. Dieckmann: Herzlichen Dank dafür. Ich habe wirklich mit großer Ruhe und innerem Stolz da in Marbach vor dieser tobenden Meute gestanden, ich als Ehrendoktor der Karl-Marx-Universität Leipzig vor randalierenden Rowdys der Universität in Marburg, die den Namen Philipps des Großmütigen trägt, eines Mannes, der dadurch bekannt ist, daß er sich im Bauernkrieg mit aller Schärfe gegen die thüringischen Bauern wandte. Ich meine, der Name den ihr gewählt habt, die Leipziger Universität ist der richtige. Die Ideen des Sozialismus und des Friedens sind untrennbar miteinander verbunden, sind unaufloslich im Vormarsch und das hat letzten Endes auch Marbach wieder bewiesen.

„Universitätszeitung“: Wir danken Ihnen sehr herzlich, Herr Präsident, für die Bereitwilligkeit, mit der Sie unsere Fragen beantwortet haben.

Dr. Dieckmann brachte weiterhin unseren Mitarbeitern seine Bereitschaft zum Ausdruck, vor Angehörigen unserer Universität an Diskussionen mit einem prominenten westdeutschen Politiker teilzunehmen.

(Zwischentitel von der Redaktion)

Verständlich unter der Lizenznummer 24 D des Pressegesetzes beim Ministerpräsidenten der DDR. — Erscheint wöchentlich, Ausnahmefälle vorbehalten, Leipzig C 1, Postfach 24, Telefon 77 21, Sekretariat App. 271, Bankkonto 353 333 bei der Stadt- und Kreisbank Leipzig. — Druck: VZ-Druckerei „Hermann Böhner“, Leipzig C 1, Postfach 19, — Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen.